

Übungsaufgabe zur Vorbereitung auf die Laufbahnprüfung des mittleren Zolldienstes

– Prüfungsgebiet Vollzugsrecht –

Bearbeitungszeit: 3 Stunden (180 Minuten)

Hilfsmittel: E-VSF; elektronische Vorschriftensammlung „Vollzugsrecht“ (VS-VZR)

A. Sachverhalt

Sie sind Vollzugsbedienstete/r bei der Kontrolleinheit Verkehrswege des Sachgebiets C beim Hauptzollamt Dortmund (KEV – Kontrollraum 1). Heute führen Sie gemeinsam mit Ihrem Kollegen ZHS Bernd Fuchs im Dienstkraftfahrzeug Zollkontrollen auf dem Autobahnabschnitt der A 45 zwischen Siegen und dem Autobahnkreuz Unna durch. Es ist bereits 22 Uhr und in zwei Stunden endet Ihre Schicht. Sie begeben sich daher auf Ihre letzte Kontrolltour von Siegen aus Richtung Unna. Auf Höhe der Anschlussstelle Meinerzhagen überholen Sie einen offensichtlich älteren VW Golf mit Hamburger Kennzeichen. Dabei erkennen Sie auf der Windschutzscheibe eine österreichische und eine slowenische Autobahn-Vignette. Da aufgrund zöllnerischer Erfahrung auf der A 45 in erhöhtem Maße mit zollrechtlichen Unregelmäßigkeiten, insbesondere im Hinblick auf unerlaubte Einfuhren von Betäubungsmitteln und Waffen aus dem osteuropäischen Raum zu rechnen ist, entscheiden Sie sich, das Fahrzeug und die mitgeführten Waren zu kontrollieren. Sie setzen sich vor den VW Golf und beginnen den Anhaltevorgang mithilfe des Anhaltesignalgebers „ZOLL – FOLLOW ME – bitte folgen“.

Aufgrund der Dunkelheit fahren Sie nicht den nächstgelegenen Parkplatz an, sondern führen den Pkw bis zur besser und ausreichend beleuchteten Tank- und Rastanlage „Sauerland“, wo Sie am Ende des Parkplatzes auf einer größeren, für die Kontrolle geeigneten Parkfläche anhalten. Sie treten nun an

den VW Golf heran und fordern den Fahrer, nachdem dieser seine Fenster heruntergefahren hat, auf, sich auszuweisen. Der Aufforderung kommt er durch Vorzeigen seines Führerscheins nach. Danach handelt es sich um Alexander Merz – nach eigenen Angaben in Hamburg wohnhaft. Sie teilen ihm mit, dass Sie eine Zollkontrolle durchführen und fordern ihn auf, den Kofferraum zu öffnen. Als Herr Merz aussteigt, eröffnet sich Ihnen ein besonders auffälliges Erscheinungsbild. Herr Merz ist am Hals und an den Händen tätowiert und er trägt eine Motorradjacke mit verbotenen Emblemen des im Zusammenhang mit Organisierter Kriminalität polizeilich bekannten und gewaltbereiten Motorrad- und Rockerclubs der „Red Demons“, die sich auch in den Tattoos wiederfinden. Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass Herr Merz Waffen am Körper trägt, fordern Sie ihn auf, seine Hände auf das Pkw-Dach zu legen. Nachdem er dieser Aufforderung nachgekommen ist, tasten Sie ihn aus Eigensicherungsgründen ab. Das Abtasten verläuft ohne Auffinden von gefährlichen Gegenständen. Sie setzen die Kontrolle fort und wiederholen die Aufforderung, den Kofferraum zu öffnen. Herr Merz verhält sich ruhig und macht einen gelassenen Eindruck. Ebenso gelassen teilt er Ihnen mit, dass er ganz sicher den Kofferraum nicht öffnen würde. Nach Androhung öffnen Sie den Kofferraum selbst. Im Rahmen der nunmehr durchgeführten Prüfung des Kofferrauminhaltes finden Sie in der Reservierad-Ausbuchtung acht Pistolen (wie sich später herausstellt, handelt es sich um das österreichische Modell Glock 18 Vollautomat) sowie in einem Frühstückstaschebeutel 2 500 Euro Bargeld. Sie sprechen gegenüber Herrn Merz sofort die vorläufige Festnahme aus. Daraufhin verliert dieser seine Gelassenheit und unternimmt einen Fluchtversuch, den Sie durch schnelles Ergreifen seines Armes zunächst abwehren

können. Allerdings wehrt sich Herr Merz mit vollen Kräften. Erst mithilfe des Kollegen Fuchs gelingt es, Herrn Merz festzuhalten und ihm Handfesseln anzulegen.

Im Rahmen der ersten Maßnahmen werden die Pistolen, der Pkw und das Bargeld von Ihnen beschlagnahmt, nachdem Sie telefonisch eine gerichtliche Anordnung einholen konnten.

B. Aufgaben

1. War die durchgeführte Kontrolle einschließlich aller getroffenen Maßnahmen rechtmäßig? Gehen Sie dabei ausführlich auf jede im Sachverhalt beschriebene Maßnahme ein!
2. Durften Sie den Kofferraum selbst öffnen? Auf die konkrete Form der Anwendung ist nicht einzugehen.
3. Waren Sie nach dem Auffinden der Pistolen verpflichtet, weitere Maßnahmen zu treffen? Gehen Sie dabei von einem Verdacht auf eine Straftat nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 WaffG aus.
4. Wodurch wurde das Strafverfahren gegen Herrn Merz eingeleitet?
5. Waren das Ergreifen des Armes und die Fesselung des Herrn Merz zulässig?
6. Lagen die Voraussetzungen für die Beschlagnahme der Pistolen, des Pkw und des Bargelds als Einziehungsgegenstände vor?

Lösung zur Übungsaufgabe

Zu 1.

Im Sachverhalt wurde ein VW-Golf mit Hamburger Kennzeichen auf der A 45 aus Richtung Südosten mit Autobahnvignetten aus Österreich und Slowenien festgestellt. Zudem zeigte die zöllnerische Erfahrung, dass auf diesem Verkehrsweg in erhöhtem Maße mit zollrechtlichen Unregelmäßigkeiten, insbesondere im Hinblick auf unerlaubte Einfuhren von Betäubungsmitteln und Waffen aus dem osteuropäischen Raum zu rechnen ist. Aufgrund der Gesamtumstände konnte angenommen werden, dass Waren aus einem osteuropäischen Drittland in das Zollgebiet der Union eingeführt wurden. Auch bestand die Möglichkeit, dass verbrauchsteuerpflichtige Waren unmittelbar aus einem anderen Mitgliedstaat (Österreich, Art. 4 UZK) in das deutsche Verbrauchsteuererhebungsgebiet verbracht wurden.

Der Warenverkehr über die Grenze des Zollgebiets der Union und der verbrauchsteuerpflichtige Warenverkehr in das deutsche Verbrauchsteuererhebungsgebiet werden zollamtlich überwacht.

Diese zollamtliche Überwachung hat zu sichern, dass die Einfuhrabgaben bzw. Verbrauchsteuern erhoben sowie die Zollvorschriften, Verbrauchsteuervorschriften und die gemeinschaftlichen und nationalen Vorschriften hinsichtlich der Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze eingehalten werden (Art. 5 Nr. 27 UZK, Art. 134 Abs. 1 UZK, § 1 Abs. 1, 2 und 3 ZollVG).

Die Aufgabe der zollamtlichen Überwachung fällt in den Bereich des Besteuerungsverfahrens. Daher gelten die Grundsätze der Abgabenordnung (§ 1 Abs. 1 AO).

Das Hauptzollamt Dortmund ist eine Finanzbehörde (§ 6 Abs. 2 Nr. 5 AO).

Die Hauptzollämter sind als örtliche Behörden der Bundesfinanzverwaltung sachlich für die zollamtliche Überwachung des Warenverkehrs über die Grenze zuständig (§ 16 AO i. V. m. § 12 Abs. 2 FVG).

Das Hauptzollamt Dortmund – einschließlich der Kontrollereinheit Verkehrswege (KEV) des Sachgebiets C – war auch örtlich zuständig, da der Sachverhalt sich in dessen Amtsbereich ereignete (§§ 17, 24 AO).

Die Auswahl des VW Golf zur Kontrolle erfolgte nach pflichtgemäßem Ermessen (§ 86 Satz 1 AO).

Das HZA Dortmund ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen (§ 88 Abs. 1 Satz 1 AO) und bestimmt Art und Umfang der Ermittlungen nach den Umständen des Einzelfalls (§ 88 Abs. 2 Satz 1 AO).

Aufgrund der Annahme eines steuerlichen Sachverhalts (möglicher grenzüberschreitender Warenverkehr, siehe oben) entschieden wir uns als Bedienstete des HZA Dortmund, den VW Golf zu kontrollieren.

Die Zollkontrolle (Art. 5 Nr. 3, Art. 46 Abs. 1 und Art. 48 UZK) fand auf einem Verkehrsweg (auf der A 45 zwischen Siegen und dem Autobahnkreuz Unna) außerhalb des grenznahen Raumes (Umkehrschluss aus § 14 Abs. 1 ZollVG) statt.

Aufgrund der Fahrtrichtung auf der A 45 aus Südosten, der Autobahnvignetten aus Österreich und Slowenien sowie der zöllnerischen Erfahrung, dass auf diesem Verkehrsweg in erhöhtem Maße mit zollrechtlichen Unregelmäßigkeiten, insbesondere im Hinblick auf unerlaubte Einfuhren von Betäubungsmitteln und Waffen aus dem osteuropäischen Raum zu rechnen ist, lag ein Grund zur Annahme vor, dass Waren, die der zollamtlichen Überwachung unterliegen, in das Zollgebiet der Union bzw. nach Deutschland verbracht und somit mitgeführt wurden.

In solchen Fällen gelten für die hier dargestellte örtlich und zeitlich begrenzte Kontrolle (hier kontrolltypische Tätigkeit einer mobilen Kontrolleinheit) außerhalb des grenznahen Raumes die Befugnisse des § 10 Abs. 1 ZollVG (§ 10 Abs. 2 ZollVG).

Gem. § 10 Abs. 1 Satz 1 ZollVG durften der VW Golf als Beförderungsmittel und der Fahrer als Person zur Durchführung der Aufgaben nach § 1 ZollVG (siehe oben) angehalten werden. Dies erfolgte im Sachverhalt durch Aufforderung zum Folgen mit Anhaltesignalgeber, der Hinzuführung und Einweisung auf die Parkfläche des Parkplatzes der Tank- und Rastanlage „Sauerland“, das Herantreten an das Fahrzeug und das Ansprechen des Fahrers.

Herr Merz hatte als Fahrer anzuhalten bzw. stehen zu bleiben und sich auf unser Verlangen auszuweisen (§ 10 Abs. 1 Satz 2 und 3 ZollVG). Dieser Aufforderung kam er durch Vorzeigen seines Führerscheins und Angabe zum Wohnort in ausreichendem Maße nach.

Gem. § 10 Abs. 1 Satz 5 ZollVG waren wir berechtigt, das Beförderungsmittel (VW Golf), und das Gepäck zur Feststellung der Einhaltung der Zollvorschriften an einem geeigneten Ort zu überprüfen. Dies beinhaltete nach dem Beginn des Anhaltevorgangs auf der A 45 und dem Herunterleiten zum Parkplatz der Tank- und Rastanlage Sauerland die dortige Prüfung insbesondere des Kofferrauminhalts. Die Park-

fläche war auch der nächstgelegene geeignete Ort, da hier eine bessere und ausreichende Beleuchtung der Kontrollstelle gegeben war.

Gem. § 10 Abs. 1 Satz 6 ZollVG (auch i. V. m. § 12a Abs. 4 Satz 1 ZollVG) war Herr Merz als von der Prüfung Betroffener verpflichtet, die nach den Umständen erforderliche (und zumutbare) Hilfe zu leisten. Hierzu gehörte auch das Öffnen des Kofferraums.

Das Abtasten erfolgte aus Gründen der Eigensicherung. Wir sind Zollbedienstete in den Vollzugsbereichen der Zollverwaltung § 9 Nr. 8 UZwG und gehören damit zu dem in § 10a Abs. 1 ZollVG genannten Personenkreis. Damit waren wir gem. § 10a Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 ZollVG befugt, Herrn Merz an Ort und Stelle in Form des Ab tastens zu durchsuchen, weil zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestanden, dass er Waffen oder andere gefährliche Gegenstände mit sich führt. Diese Anhaltspunkte lagen in seinem Erscheinungsbild und dem damit offensichtlichen Zusammenhang mit dem polizeilich bekannten und gewaltbereiten Motorrad- und Rockerclub der „Red Demons“. Die Maßnahme war zulässig, weil sie zur Abwehr der in diesem Einzelfall bestehenden Gefahr für unser Leben und unsere Gesundheit erforderlich war (§ 10a Abs. 2 Satz 3 ZollVG).

Alle o. g. Maßnahmen waren verhältnismäßig (§ 88 Abs. 2 Satz 1 AO).

Sie waren geeignet (rechtlich und tatsächlich möglich und für die Kontrolle zwecktauglich), erforderlich (als mildeste Mittel, die Herrn Merz und die Allgemeinheit (mögliche andere Reisende auf dem Parkplatz) am wenigsten beeinträchtigten (insbesondere das Abtasten aus Eigensicherungsgründen) und angemessen, da der zu erwartende Schaden (Zeitverlust bzw. Unterbrechung der Reise) nicht außer Verhältnis zum angestrebten Erfolg (Durchführung der Zollkontrolle zur Aufgabenerfüllung nach § 1 ZollVG) stand.

Alle Maßnahmen (Aufforderungen) waren als zollrechtliche Entscheidungen (Art. 5 Nr. 39 UZK) bzw. Verwaltungsakte (§ 118 AO) inhaltlich hinreichend bestimmt, da Herr Merz (§ 119 Abs. 1 AO) als Deutscher alle Aufforderungen verstanden hat. Etwas Gegenteiliges ist dem Sachverhalt nicht zu entnehmen.

Somit war die durchgeführte Kontrolle einschließlich aller getroffenen Maßnahmen rechtmäßig.

Zu 2.

Die Aufforderung, den Kofferraum zu öffnen, war ein inhaltlich hinreichend bestimmter Verwaltungsakt und zollrechtliche Entscheidung (§§ 118, 119 Abs. 1 AO und Art. 5 Nr. 39 UZK, siehe zu 1.).

Herr Merz verweigerte jedoch das Öffnen.

Der Verwaltungsakt war auf eine Handlung (hier Öffnen des Kofferraums) gerichtet und konnte durch mich als Bedienstete/r des HZA Dortmund (Finanzbehörde) vollstreckt werden (§ 249 Abs. 1 AO).

Der Verwaltungsakt konnte vollstreckt werden, da die Vollziehung nicht durch Einlegung eines Rechtsbehelfs gehemmt war (§ 251 Abs. 1 i. V. m. § 361 Abs. 1 AO i. V. m. Art. 45 Abs. 1 UZK). Der Verwaltungsakt war somit sofort vollstreckbar.

Der Verwaltungsakt konnte mit Zwangsmitteln (Zwangsgeld, Ersatzvornahme, unmittelbarer Zwang) durchgesetzt

werden (§ 328 Abs. 1 AO). Es war dasjenige Zwangsmittel auszuwählen, durch das der Pflichtige (Alexander Merz) und die Allgemeinheit (andere Reisende auf dem Parkplatz) am wenigsten beeinträchtigt wurden. Es musste in einem angemessenen Verhältnis zu seinem Zweck (Durchführung der Zollkontrolle) stehen (§ 328 Abs. 2 AO).

Das Zwangsgeld (§ 329 AO) konnte nicht zum Ziel der zulässigen sofortigen Vollstreckung führen, weil es vom HZA schriftlich anzudrohen und nach einer Frist festzusetzen war. Die Ersatzvornahme (§ 330 AO) führt zwar zum Ziel, ist aber unzulässig, da die Beauftragung z. B. einer Fachfirma zum Öffnen des Laderaums als vertretbare Handlung zu zeit- und kostenaufwendig und zudem unsinnig und in grobem Maße unverhältnismäßig gewesen wäre. Der unmittelbare Zwang (§ 331 AO) in Form der Selbstvornahme war somit zulässig.

Somit durfte ich den Kofferraum selbst öffnen.

Zu 3.

Mit dem Auffinden der acht Pistolen des österreichischen Modells Glock 18 in der Reserverad-Ausbuchung bestand gegen Herrn Merz der Verdacht auf Bannbruch nach § 372 Abs. 1 AO in Tateinheit mit einer Straftat nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 WaffG. Dabei handelt es sich um eine nicht ausschließliche Steuerstraftat nach § 369 Abs. 1 Nr. 2 AO, da neben der AO als Steuerstrafgesetz auch ein anderes Strafgesetz (WaffG) betroffen ist.

Für die Steuerstraftat und das Strafverfahren wegen Steuerstraftaten gelten die allgemeinen Gesetze des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts (insbes. StGB und StPO), wenn die Steuerstrafgesetze bzw. die Vorschriften über das Strafverfahren (insbes. die AO) nichts anderes regeln (§§ 369 Abs. 2, 385 Abs. 1 AO).

Beim Verdacht einer Steuerstraftat (s. o.) ermittelt die Finanzbehörde (FB, hier das HZA Dortmund) den Sachverhalt (§ 386 Abs. 1 AO).

Die HZÄ sind sachlich zuständige FB, da diese auch für die zollamtliche Überwachung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung der Verbote und Beschränkungen, sachlich zuständig sind (§§ 387 Abs. 1 AO, § 12 Abs. 2 FVG i. V. m. § 1 Abs. 3 ZollVG).

Das HZA Dortmund war örtlich für die Strafverfolgung zuständig, da die Steuerstraftat in dessen Bezirk entdeckt wurde (§ 388 Abs. 1 Nr. 1 AO).

Da es sich nicht um eine ausschließliche Steuerstraftat handelt, leitet die Staatsanwaltschaft das Verfahren (§ 152 StPO). In diesem Fall hat das sonst zuständige HZA Dortmund (siehe oben) die Rechte und Pflichten wie die Behörden des Polizeidienstes nach der StPO und Anordnungs befugnisse wie Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft (§§ 402 Abs. 1, 399 Abs. 2 Satz 2 AO). Damit waren wir als Bedienstete der KEV des HZA Dortmund in der Rechtsstellung der Behörden des Polizeidienstes verpflichtet, die Straftat zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten (§ 163 Abs. 2 Satz 1 StPO).

Damit waren wir nach dem Auffinden der Pistolen verpflichtet, weitere Maßnahmen zu treffen.

Zu 4.

Das Strafverfahren wurde gegen Herrn Merz gem. § 397 Abs. 1 AO durch die erste Maßnahme eingeleitet, die erkennbar darauf abzielte, gegen ihn wegen der Steuerstraftat strafrechtlich vorzugehen. In diesem Fall erfolgte dies durch die Aussprache der vorläufigen Festnahme. Herr Merz wurde dadurch zum Beschuldigten im Strafverfahren (§ 397 Abs. 3 AO).

Zu 5.

Hier ist zunächst zu prüfen, ob die mit unmittelbarem Zwang durchgesetzte vorläufige Festnahme rechtmäßig ist.

In der Rechtsstellung eines Beamten des Polizeidienstes (liegt vor, siehe oben zu Nr. 3) durfte ich als Bedienstete/r des HZA Dortmund gem. § 127 Abs. 2 StPO Herrn Merz vorläufig festnehmen, wenn Gefahr im Verzug vorliegt und die Voraussetzungen für den Haftbefehl gegeben sind.

Durch den schriftlichen Haftbefehl wird die Untersuchungshaft angeordnet (§ 114 Abs. 1 StPO). Daher sind die Voraussetzungen für die Untersuchungshaft nach § 112 StPO zu prüfen.

Gem. § 112 Abs. 1 Satz 1 StPO darf Untersuchungshaft gegen einen Beschuldigten angeordnet werden, wenn er der Tat dringend verdächtig ist und ein Haftgrund besteht.

Herr Merz war Beschuldigter (siehe oben zu Nr. 4).

Er war der Tat auch dringend verdächtig, da wir ihn auf frischer Tat angetroffen haben. Er war als Fahrer im Besitz der Pistolen.

Als Haftgrund bestand hier Fluchtgefahr, da aufgrund von Tatsachen (wegen der beachtlichen Menge an Schusswaffen ist mit einer Freiheitsstrafe zu rechnen) und bei Würdigung der Gesamtumstände dieses Einzelfalls die Gefahr bestand, dass Herr Merz sich dem Strafverfahren entziehen werde (§ 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO). Umstände, die gegen eine Flucht sprachen, lagen nicht vor.

Es bestand auch der Haftgrund der Verdunkelungsgefahr nach § 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO, da aufgrund bestimmter Tatsachen das Verhalten des Beschuldigten Herrn Merz den dringenden Verdacht begründet hat, er werde Beweismittel vernichten, verändern, beiseiteschaffen, unter-

drücken oder fälschen oder auf Mitbeschuldigte, Zeugen oder Sachverständige in unlauterer Weise einwirken oder andere zu solchem Verhalten veranlassen, und deshalb die Gefahr drohte, dass die Ermittlung der Wahrheit erschwert werde. Die bestimmten Tatsachen liegen hier in der offenkundigen Mitgliedschaft im polizeilich bekannten und gewaltbereiten Motorrad- und Rockerclubs der „Red Demons“. Die im Umfeld der Organisierten Kriminalität einzuordnende Lebensführung basiert auf Drohung, Täuschung und Gewalt und begründet nach einhelliger Rechtsauffassung die Verdunkelungsgefahr.

Die Anordnung der Untersuchungshaft stand nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache (Menge der Pistolen, Vollautomaten) und der zu erwartenden Strafe (Freiheitsstrafe).



DIE Fachgewerkschaft
für die Zollverwaltung

Iohnt sich

weil ...

-  **Rechtsschutz**
-  **Diensthauptpflichtversicherung**
-  **BDZ magazin**
-  **Seminare und Schulungen**
-  **Rabatte (z.B. Mobilverträge)**

bei www.dbb-vorteilswelt.de



www.bdz.eu



www.facebook.com/BDZ.eu

Damit lagen die Voraussetzungen für die Anordnung der Untersuchungshaft und somit für den Haftbefehl vor.

Gefahr im Verzug lag ebenfalls vor, weil durch die Herbeiführung des schriftlichen Haftbefehls gem. § 114 Abs. 1 StPO durch den Richter ein Zeitverzug entstanden wäre und dies den Zweck der Maßnahme (vorläufige Festnahme) gefährdet hätte. Herr Merz hätte sich dem Strafverfahren durch Flucht entzogen.

Herr Merz musste nach § 127 Abs. 4 i. V. m. §§ 114a bis § 114c StPO belehrt werden, insbesondere über das Recht, sich zur Beschuldigung zu äußern oder nichts zur Sache auszusagen, und das Recht, auch schon vor seiner Vernehmung einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Die vorläufige Festnahme war nach alledem rechtmäßig.

Rechtmäßig angeordnete Maßnahmen aus der StPO können nach unbestrittener Rechtsauffassung mit unmittelbarem Zwang durchgesetzt werden.

Die Anwendung von unmittelbarem Zwang ist somit zulässig.

Die Voraussetzungen für die Anwendung des unmittelbaren Zwanges nach den Vorschriften des UZwG liegen gem. § 1 Abs. 1 UZwG vor, da wir als Vollzugsbedienstete der KEV des HZA Dortmund Vollzugsbeamte des Bundes sind (§ 6 Nr. 2 UZwG i. V. m. Abs. 1, Abs. 7 Nr. 1 UZwVwV-BMF), uns auch im Strafverfahren in rechtmäßiger Dienstausbübung befanden (siehe Prüfung zu Nr. 3 und die Rechtmäßigkeit der vorläufigen Festnahme oben) und die Anwendung des unmittelbaren Zwanges wie oben festgestellt zulässig war.

Das Ergreifen des Armes war als unmittelbare Einwirkung auf eine Person (Herr Merz) durch körperliche Gewalt (§ 2 Abs. 1, Abs. 2 UZwG) zulässiges Mittel des unmittelbaren Zwanges ebenso wie das Anlegen von Fesseln als mittelbare Einwirkung auf eine Person (Herr Merz) durch ein Hilfsmittel der körperlichen Gewalt (§ 2 Abs. 1, Abs. 3 UZwG).

Die besonderen Voraussetzungen für die Fesselung nach § 8 UZwG lagen ebenfalls vor. Herr Merz befand sich durch vorläufige Festnahme in unserem Gewahrsam. Er hatte einen Fluchtversuch unternommen und leistete aktiven Widerstand gegen die Festnahme (§ 8 Nr. 1, Nr. 2 UZwG). Damit sind die Voraussetzungen des § 8 UZwG erfüllt.

Das Ergreifen des Armes und das Anlegen der Fesseln waren mögliche und geeignete Mittel (standen tatsächlich zur Verfügung, waren rechtlich erlaubt und für die Strafverfolgung zwecktauglich), erforderliche Mittel (sog. mildeste Mittel, die Herrn Merz und die Allgemeinheit [andere Reisende] am wenigsten beeinträchtigten) (§ 4 Abs. 1 UZwG) und sie waren angemessen, da der zu erwartende Schaden (hier Schmerzen am Arm und am Handgelenk) nicht außer Verhältnis zum beabsichtigten Erfolg (vorläufige Festnahme zur Sicherung der Strafverfolgung) stand (§ 4 Abs. 2 UZwG). Das Ergreifen des Armes und das Anlegen der Fesseln waren daher auch verhältnismäßig.

Die Androhung von unmittelbarem Zwang ist bei Durchsetzung strafprozessualer Maßnahmen gesetzlich nicht vorgeschrieben und war der Lage nach auch nicht möglich.

Somit waren das Ergreifen des Armes und die Fesselung des Herrn Merz zulässig.

Zu 6.

Die Pistolen, der Pkw und das Bargeld konnten durch Beschlagnahme sichergestellt werden, wenn die Annahme begründet war, dass die Voraussetzungen der Einziehung vorliegen (§§ 111b Abs. 1 Satz 1 i. V. m. 111c Abs. 1 StPO).

Die Pistolen sind als Tatobjekt gem. § 74 Abs. 2 StGB i. V. m. § 54 Abs. 1 Nr. 1 WaffG einzuziehen, da eine Straftat nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 WaffG vorliegt und diese Straftat sich auf die aufgefundenen Pistolen bezieht. Der Pkw ist einzuziehen nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 WaffG als Gegenstand, der zur Begehung der Straftat gebraucht worden ist.

Die Einziehung ist zulässig, wenn die Pistolen und der Pkw dem Herrn Merz als Täter gehören (§ 74 Abs. 3 Satz 1 und 2 StGB). Dies kann unterstellt werden, da Gegenteiliges dem Sachverhalt nicht zu entnehmen ist.

Es kommt für die Pistolen auch eine Sicherungseinziehung in Betracht, da es Gegenstände sind, die nach ihrer Art und den Umständen (Gefahr für Leib und Leben von Personen, allgemeines Umgangsverbot nach § 2 Abs. 3 WaffG) die Allgemeinheit gefährden (§ 74b Abs. 1 StGB). Zudem besteht auch die Gefahr, dass sie der Begehung rechtswidriger Taten dienen werden.

Eine Einziehung unter Vorbehalt kommt in diesem Fall mangels weniger einschneidender Maßnahme hier nicht in Betracht (§ 74f Abs. 1 Satz 2 StGB).

Die Anordnung der Einziehung des Bargelds als Tatertrag nach § 73 Abs. 1 StGB wäre nicht möglich, da ein unmittelbarer Zusammenhang des Bargelds mit einer rechtswidrigen Tat zum Aufgriffszeitpunkt nicht nachgewiesen werden kann.

In Betracht käme allerdings mindestens die Einziehung des Bargelds als Vermögen unklarer Herkunft nach § 76a Abs. 4 Satz 1 und 3 Nr. 8a) StGB. Danach soll hier die Einziehung selbst bei einer Nichtverfolgung oder Nichtverurteilung angeordnet werden, da das Bargeld in einem Verfahren wegen des Verdachts einer Straftat nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 WaffG sichergestellt wird und aufgrund der Umstände des Falles (Aufgriffssituation, unübliche Art der Verpackung in Frühstücksbeuteln, Versteck in der Reserverad-Ausbuchtung) anzunehmen ist, dass das Bargeld aus einer rechtswidrigen Tat herrührt.

Die Pistolen, der Pkw und das Bargeld konnten somit gem. § 111b Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 111c Abs. 1 StPO durch Beschlagnahme sichergestellt werden, da die Annahme begründet ist, dass die Voraussetzungen der Einziehung gegeben sind. Es lagen insgesamt auch dringende Gründe für diese Annahme vor, daher sollte die Beschlagnahme angeordnet werden (§ 111b Abs. 1 Satz 2 StPO).

Die nach § 111j Abs. 1 Satz 1 StPO erforderliche Anordnung durch das Gericht lag lt. Sachverhalt vor.

Die Durchführung der Beschlagnahme oblag uns, da es sich um bewegliche Sachen handelt und wir Befugnisse wie Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft haben (siehe zu Nr. 3; § 111k Abs. 1 Satz 3 StPO).

Damit lagen die Voraussetzungen für die Beschlagnahme der Pistolen, des Pkw und des Bargelds als Einziehungsgegenstände vor.